

Die Kulturszene kämpft ums Überleben, denn die COVID-19-Krise trifft sie mit ganzer Wucht, auch in Basel. Besonders betroffen ist die Nachtkultur. Die dynamische Entwicklung bringt wöchentlich neue, kaum überwindbare Herausforderungen. Es ist nötig, dass Kanton und Betroffene in engem Austausch sind und möglichst an einem Strick ziehen. Anders kann diese ausserordentlich existenzbedrohende Lage nicht überwunden werden. Auch die neusten, durch den Bundesrat beschlossenen Lockerungsmassnahmen (Stand 27. Mai 2020) bringen keine wirkliche Perspektive für die Nachtkultur, zudem besteht bereits ein grosser Schaden. Es braucht deswegen umgehend die Gründung einer Taskforce aus Vertreter*innen aller betroffenen Nachtkultur-Branchen und der Verwaltung, die bestehende Probleme direkt aufgreift, Hilfestellungen anbietet und nachhaltige Lösungen für die Zukunft entwickeln kann. Von Seiten des Kantons Basel-Stadt wäre dies ein klares politisches Zeichen für die vielfältige Kulturszene in Basel und eine wichtige Geste, um dieser für Basel so wichtigen Szene die Wertschätzung und Unterstützung zukommen zu lassen, die sie verdient und für ein Fortbestehen bitter nötig hat.

Die Nachtkultur besticht durch ihre Diversität. Es bestehen aber grundlegende Unterschiede der betroffenen Kulturschaffenden, Veranstaltenden, Lokale etc. Dies muss man genügend berücksichtigen. Die bisherigen Hilfeleistungen für die Kultur- und Gastronomiebranche sind lobenswert, aber nur eine Taskforce kann nun helfen, die verschiedenen Voraussetzungen und Bedürfnisse zu bündeln und die Kommunikation zu vereinfachen, damit Massnahmen durchgesetzt sowie Fragestellungen und Konflikte pragmatisch gelöst werden können und die Unterstützung rechtzeitig an die richtigen Stellen gelangt.

Der Regierungsrat wird deshalb gebeten so rasch wie möglich eine "Taskforce Nachtkultur" einzusetzen, die aus Vertreter*innen der betroffenen Branchen und der Verwaltung besteht, um Probleme zu erkennen und gemeinsam nachhaltige Lösungen zu entwickeln sowie zu kommunizieren.

Mit dem Antrag auf dringliche Behandlung an der Grossrats-Sitzung vom 3. Juni 2020.

Sebastian Kölliker